

ENTWICKLUNGSLAND Stakeholder Infoblatt



Planspiel Klimagipfel

An: Die Hauptverhandlungsführenden der Entwicklungsländer

(über 100 Länder: Südostasien, große Teile Mittel- und Südamerikas und Afrikas, kleine Inselstaaten und große Teile des Nahen Ostens)

Betrifft: Vorbereitung des Klimagipfels

Willkommen zum Klimagipfel. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat Sie und die Führungskräfte aller relevanten Interessengruppen eingeladen, gemeinsam Lösungen für die Bekämpfung des Klimawandels zu erarbeiten. In seiner Einladung stellt der Generalsekretär fest: "Der Klimanotstand rückt unaufhaltsam näher. Wir können aber den Wettlauf gegen den Klimawandel noch gewinnen [...] Führenden Wissenschaftlern zufolge wird ein Temperaturanstieg von mehr als 1,5 °C die Ökosysteme, die unsere Lebensgrundlage bilden, massiv und irreparabel beschädigen [...] Aber diese Wissenschaftler sagen auch, dass es noch nicht zu spät ist. Wir können es noch schaffen [...] Doch dazu ist ein tiefgreifender gesamtgesellschaftlicher Wandel erforderlich. Wir müssen die Art und Weise verändern, wie wir Nahrungsmittel erzeugen, wie wir das Land nutzen, wie wir unsere Verkehrsmittel antreiben und wie wir unsere Wirtschaft mit Strom versorgen [...] Wenn wir gemeinsam handeln, werden wir niemanden zurücklassen."

Ihr Ziel auf diesem Gipfel ist es, einen Plan aufzustellen, um die Erderwärmung auf unter 2 °C über dem vorindustriellen Niveau zu halten und eine Begrenzung auf 1,5 °C anzustreben. Darauf haben sich die Unterzeichner des Klimaabkommen von Paris geeinigt. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse sind eindeutig: Eine Erwärmung über diese Grenze hinaus hätte katastrophale und unumkehrbare Auswirkungen auf die Gesundheit, den Wohlstand und das Leben der Menschen in allen Ländern.

Ihre Gruppe vertritt die am wenigsten entwickelten Länder der Welt. Die Gesamtbevölkerung Ihrer Länder mit etwa 2,9 Milliarden Einwohnern entspricht rund 38 % der Weltbevölkerung (7,7 Milliarden Menschen) und wächst rasant weiter. Auf Ihre Länder entfallen zusammen jedoch nur 16 % der globalen Wirtschaftsleistung, und das Pro-Kopf-BIP (Bruttoinlandsprodukt) ist niedriger, zudem ist die Armutsquote wesentlich höher als in den Industrieländern.

Ihre politischen Prioritäten werden nachfolgend erläutert. Sie können jede denkbare politische Lösung vorschlagen, aber auch Maßnahmen blockieren.

- 1. Beihilfen für erneuerbare Energieträger (z. B. für Sonnenenergie, Windkraft, Erdwärme, Wasserkraft und für Energiespeicher):** Die Branche der Erneuerbaren Energien wächst rasch, trägt bislang aber mit nur 5 % zur globalen Energieversorgung bei. Mithilfe finanzieller Unterstützung kann die Branche weiterwachsen und in Ihren Ländern Arbeitsplätze schaffen (sofern Ihre Länder die Industrieländer im Bereich Wind-, Solar- und Batterietechnik überholen). Durch Speichertechnologien (Batterien, Wärmespeicher, Pumpspeichieranlagen) und dynamisches Lastmanagement (DLM) können fluktuierende erneuerbare Energieträger wie Wind- und Solarkraft in das Energiesystem integriert werden und rund um die Uhr Strom liefern. Finanzielle Unterstützung für erneuerbare Energien, die von den Industrieländern und rasch aufstrebenden Schwellenländern wie China bereitgestellt wird, würde diese Stromquellen für Ihre Länder wesentlich günstiger machen und die wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben.
- 2. Verringerung der Emissionen von Methan, Stickoxiden und anderen Treibhausgasen:** CO₂ ist das bekannteste Treibhausgas (THG), aber rund ein Viertel der Erderwärmung geht auf andere Gase zurück, bspw. Methan (CH₄), Distickstoffoxid (N₂O) und eine breite Palette von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW) und fluorierten Gasen (F-Gasen). Jedes einzelne Molekül vieler Nicht-CO₂-Gase wird im kommenden Jahrhundert um ein Zehn-, Hundert- oder gar Tausendfaches mehr zur Klimaerwärmung beitragen als CO₂. Die Konzentration dieser Gase in der Atmosphäre sind noch gering, steigen aber rasch an. Ihre Emissionen gehen größtenteils auf die Industrieländer und die rasch aufstrebenden Volkswirtschaften der Welt zurück.
- 3. Eindämmung der Entwaldung:** Entwaldung verursacht derzeit rund 15 % der globalen THG-Emissionen. Ein Großteil der Waldverluste tritt in den Tropenwäldern Ihrer Länder auf, u. a. im Amazonasbecken, in Süd- und Südostasien und Afrika. Durch den Schutz der Wälder können diese Emissionen gesenkt, die biologische Vielfalt erhalten und die Wasserressourcen geschützt werden. Eine Begrenzung der Entwaldung schränkt jedoch auch die mögliche Nutzung der betreffenden Flächen für den Holzabbau, die Lebensmittelerzeugung, Bioenergie und andere wichtige Zwecke ein.
- 4. Abwägung von Aufforstungsmaßnahmen:** Aufforstung ist das Anpflanzen neuer Wälder auf baumlosen, teilweise zuvor abgeholzten oder geschädigten Flächen. Eine weiträumige Aufforstung könnte sich auf Flächen erstrecken, die als Acker- oder Weideland benötigt werden, was die Nahrungsmittelpreise nach oben treiben würde. Achten Sie auf den Flächenbedarf der Aufforstungsmaßnahmen, die Ihre Gruppe und andere Gruppen vorschlagen.
- 5. Erwägung einer Kohlesteuer:** In vielen Ländern Ihrer Gruppe werden neue Kohlegruben eröffnet und Kohlekraftwerke gebaut, obwohl Kohle der CO₂-intensivste Brennstoff ist und zudem den Großteil der Luftverschmutzung verursacht, die die Gesundheit von Millionen Menschen in Ihren Ländern beeinträchtigt. Durch die Besteuerung, Regulierung oder schrittweise Einstellung der Kohlenutzung könnten die Emissionen rapide gesenkt, die gefährliche Luftverschmutzung eingedämmt und die öffentliche Gesundheit verbessert werden.

- 6. Abwägung einer CO₂-Bepreisung:** Das globale Energiesystem beruht nach wie vor überwiegend auf der Verbrennung fossiler Energieträger, und die dabei anfallenden CO₂-Emissionen tragen am stärksten zum Klimawandel bei. Bislang werden die durch fossile Brennstoffe verursachten ökologischen und gesellschaftlichen Schäden (ihre sog. „negativen Externalitäten“) nicht im Marktpreis berücksichtigt. Schlimmer noch, viele Regierungen weltweit, auch von Ländern Ihrer Gruppe, subventionieren die Kohle-, Öl- und Gasindustrie mit 775 Milliarden bis 1 Billion USD jährlich. Ökonomen sind sich darin einig, dass eine Bepreisung von CO₂-Emissionen am ehesten zur Senkung des weltweiten THG-Ausstoßes führen wird. Erwägen Sie, eine weltweite CO₂-Bepreisung zu unterstützen, die ggf. schrittweise eingeführt wird, um Zeit zur Anpassung zu lassen. Die Einnahmen können an die Bevölkerung ausgeschüttet werden oder andere Maßnahmen finanzieren. Zwar sind in einigen Ländern CO₂-Preise eingeführt worden, allerdings liegen diese erheblich unter dem von zahlreichen Ökonomen empfohlenen Mindestpreis (30-50 USD je Tonne CO₂). Allerdings dürfen Sie auch nicht zu sehr Tempo machen, denn die mittleren Einkommensschichten in Ihren Ländern wollen sich die Produkte und Dienstleistungen leisten können, die für die Einwohner der Industrieländer selbstverständlich sind (Autos, Klimaanlage, Flugreisen usw.), während die armen Bevölkerungsschichten in Ihren Ländern eine sichere Energieversorgung, sauberes Wasser, eine angemessene Ernährung und Gesundheitsversorgung, menschenwürdige Unterkünfte und die Erfüllung anderer menschlicher Grundbedürfnisse anstreben. Diese Menschen bekommen steigende Energiekosten akut zu spüren.

Weitere Überlegungen:

Viele Menschen in Ihren Ländern haben keinen Zugang zu Strom oder zu verlässlichen, erschwinglicheren Energieversorgungen. Nur rund 24 % des heutigen globalen THG-Ausstoßes geht auf Ihre Länder zurück, und die Emissionen pro Person sind wesentlich niedriger als in den Entwicklungsländern oder China. Die Nutzung fossiler Brennstoffe nimmt in Ihren Ländern mit der Weiterentwicklung Ihrer Volkswirtschaften jedoch rasch zu. Ein Großteil der kumulativen THG-Emissionen, die zur Klimakrise geführt haben, gehen auf das Konto der Industrieländer, während die Menschen in Ihren Ländern am stärksten vom Klimawandel betroffen sein werden und am wenigsten in der Lage sind, sich an dessen Folgen anzupassen. Ihre Gruppe ist der Ansicht, dass die Industrieländer moralisch verpflichtet sind, ihre Emissionen zu senken, und dass Klimaschutzmaßnahmen nicht zugelassen werden dürfen, wenn dadurch die wirtschaftliche Entwicklung Ihrer Länder beeinträchtigt und es ihnen erschwert wird, Nahrungsmittel, Arbeitsplätze, Bildung und Gesundheitsversorgung für ihre Bevölkerung bereitzustellen und andere Grundbedürfnisse zu decken, die für die Menschen in den Industrieländern selbstverständlich sind.

Gleichzeitig werden der Wohlstand, die Gesundheit und das Leben der Bevölkerung Ihrer Länder durch den Klimawandel ernsthaft gefährdet. Die durch fossile Brennstoffe hervorgerufene Luftverschmutzung verursacht in Ihren Ländern jedes Jahr millionenfach vorzeitige Todesfälle. Der Meeresspiegelanstieg, Extremwetterereignisse, Dürren, rückläufige Ernteträge und andere schädliche Auswirkungen des Klimawandels führen zu einer Zunahme von

Konflikten und Migration, was die Legitimität der Regierungen Ihrer Länder untergräbt und kleine Inselstaaten in ihrer Existenz bedroht. Ihre Länder haben die Möglichkeit, keine fossil basierten Energiesysteme zu benutzen und direkt zu einem sauberen, effizienten und auf erneuerbaren Quellen beruhenden Energiesystem überzugehen, ebenso wie viele Ihrer Länder auf Festnetztelefonleitungen verzichtet und direkt den Mobilfunk genutzt haben. Energieeffizienz und erneuerbare Energien wie Wind- und Sonnenenergie sind häufig rentabel, schaffen Arbeitsplätze und wirtschaftliche Möglichkeiten und kommen der öffentlichen Gesundheit zugute.